

In der Bonapartismusfalle

Kein Gott, kein Kaiser, aber vielleicht doch ein Tribun? Vor 100 Jahren putschte Józef Piłsudski gegen die polnische Regierung - die Linke unterstützte ihn

Von Reinhard Lauterbach

Am 12. Mai 1926 besetzten Truppen, die dem Gründer der Zweiten Polnischen Republik, Józef Piłsudski, ergeben waren, die Weichselbrücken in der Hauptstadt Warschau. Ihr Ziel war, die amtierende Mitte-Rechts-Regierung zum Rücktritt zu zwingen. In mehrtägigen Kämpfen mit regierungstreuen Truppen eroberten die Putschisten das Regierungsviertel. Am 15. Mai traten die Regierung und Staatspräsident Stanisław Wojciechowski zurück. Die Auseinandersetzungen hatten etwa 400 Menschen das Leben gekostet. Ende Mai wurde Piłsudski von der Nationalversammlung zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Er nahm das Amt aber nicht an und empfahl Ignacy Mościcki als Staatsoberhaupt. Dieser amtierte bis 1939. Piłsudski begnügte sich mit dem faktisch einflussreicheren Posten des Verteidigungsministers und Oberkommandierenden der Streitkräfte. Soweit die dürren Fakten.

Der in der Geschichtsschreibung als »Maiputsch« bezeichnete Staatsstreich beruhte auf Piłsudskis Abneigung gegen die parlamentarische Demokratie, der er Korruption vorwarf, außerdem Ineffizienz und das Unvermögen, aus Polen eine mächtige Nation zu machen. Piłsudski hatte ein übergeordnetes Ziel: die polnische Staatlichkeit zu stärken. Detailliertere innenpolitische Konzeptionen über die »Sanierung« des Staats hinaus hatte er nicht. Seinen Posten als informeller »Staatschef« hatte er 1923 aufgegeben, weil er nicht durch die Verfassung in seinen Kompetenzen beschränkt sein wollte. Es ist kein Zufall, dass in den 1930er Jahren in Deutschland eine aufwändig gestaltete, [mehrbändige Ausgabe seiner gesammelten Reden und Befehle](#) veröffentlicht wurde - mit einem Geleitwort von Hermann Göring. Die Nazis respektierten Piłsudski als »Soldaten« und »großen Patrioten« (so das Beileidstelegramm Hitlers nach dem Tode Piłsudskis 1935). Auch während der Besatzungszeit blieb sein Grab auf dem Wawel in Kraków von Schändungen verschont und erhielt sogar eine Ehrenwache der Wehrmacht.

Linke Hoffnungen

Den Erfolg verdankte Piłsudskis Staatsstreich maßgeblich der Unterstützung durch die polnischen Linkskräfte. Vor allem die sozialdemokratisch geführte Eisenbahnergewerkschaft verhinderte durch Streiks, dass von der Regierung angeforderte Truppenverstärkungen aus der Provinz nach Warschau gelangen konnten. Piłsudski-treue Einheiten wurden dagegen bevorzugt befördert. Ein von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik erwies sich als nicht mehr

nötig. Er wurde nach einem Tag wieder abgeblasen, als das Ziel des Staatsstreiches erreicht war.

Der Putsch lag im Frühjahr 1926 in der Luft. Funktionäre beider Arbeiterparteien sprachen davon als von einer wahrscheinlichen Entwicklung. Mit den Sozialdemokraten verband den in seiner Jugend sozialistisch eingestellten Piłsudski eine alte Affinität, obwohl dieser nach eigenen Worten »an der Station ›Unabhängigkeit‹ aus der roten Straßenbahn ausgestiegen« war. Aus Sicht beider Linksparteien, der sozialdemokratischen PPS und der Kommunistischen Partei Polens (KPP), versprach eine Machtergreifung Piłsudskis eine Umwälzung des politischen Kräfteverhältnisses, die sie aus eigenen Kräften zu diesem Zeitpunkt nicht hätten erreichen können.

Polen war seit 1923 von rasch wechselnden Mitte-rechts-Kabinetten regiert worden, oft unter Beteiligung der PPS, die damit, wie bei Sozialdemokraten üblich, »das Schlimmste verhindern« wollte. Ständiges Thema der Regierungen war die Sanierung der Staatsfinanzen, die unter schwacher Konjunktur und einem den polnischen Kohleexport lähmenden Zollstreit mit Deutschland litten. Hinzu kam eine Vermögenssteuer, mit der die Reichen »ihren Beitrag« hätten leisten sollen, die faktisch nicht eingetrieben wurde. Für eine Kürzung der Militärausgaben gab es keine politische Mehrheit. Statt dessen griff der Staat auf die Masseneinkommen zu. Das polnische Kapital strebte an, die sozialen Errungenschaften der Jahre 1918/19 zurückzudrehen: etwa den Achtstundentag und die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung. Geplante Ausgaben für öffentliche Arbeiten, um die hohe Arbeitslosigkeit zu lindern, fielen dem Spardiktat zum Opfer. Als Mittel der Finanzierung wurden auch politisch angeordnete Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst ausprobiert: erst als Übergangsmaßnahme für drei Monate noch von der mitregierenden PPS akzeptiert, dann vom rechten Finanzminister per Verordnung auf unbegrenzte Zeit verlängert.

Schritte wie diese trafen das politische Geschäftsmodell der Sozialdemokraten und auch ihre soziale Basis ins Mark. Denn zu jener Zeit beschäftigte der Staat über Eisenbahn und Post einen erheblichen Teil der polnischen Arbeiterklasse. Auch die Gewerkschaften organisierten – mit Ausnahme des Bergbaus – im wesentlichen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Der »Maifehler«

Aus einer anderen Richtung kamen die Putschgerüchte um Piłsudski der Kommunistischen Partei Polens zupass. Sie war politisch marginalisiert und gezwungen, unter Bedingungen der Quasiillegalität zu operieren. Ihre Versammlungen wurden ständig verboten oder von der Polizei aufgelöst. Anfang 1925 berichtete die in Moskau versammelte Parteiführung der Komintern über Mitgliederschwund und hohe Fluktuation infolge der Repressionen. Aus der Perspektive der isolierten KPP war die Perspektive einer Veränderung der politischen Rahmenbedingungen durch einen Staatsstreich Piłsudskis noch verlockender als für die vielfach stärkere PPS. Dass Abgesandte Piłsudskis im Frühjahr 1926 mit Vertretern der KPP diskret über eine Duldung möglicher »Maßnahmen« verhandelten, trug sicher auch dazu bei, dass die Partei das Augenmaß für das verlor, was realistisch zu erreichen und zu erwarten war. In parteiinternen Publikationen war davon die Rede, dass

Piłsudski in eine Rolle ähnlich der des russischen Ministerpräsidenten Kerenski im Jahre 1917 gedrängt werden müsse: als unwillentlicher Wegbereiter der Revolution, der zuvor den offen reaktionären Flügel des bürgerlich-agrarischen Lagers hätte entmachten sollen.

Die Realität sah anders aus. Piłsudski beendete seinen Staatsstreich, sobald sein unmittelbares Ziel, der Sturz der Mitte-rechts-Regierung, erreicht war. Weitergehende Pläne als die Entmachtung des Parlaments zugunsten des Präsidenten hatte er nicht, sozialpolitische schon gar nicht. Die staatlichen Repressionen gegen kommunistische Aktivisten hörten nicht auf. Beide Arbeiterparteien mussten sich innerhalb von Wochen eingestehen, dass es ihren Zielen nicht gedient hatte, den Putsch unterstützt zu haben. In der KPP war schnell die Rede vom »Maifehler«, den die Partei begangen habe; personelle Umbesetzungen waren die Folge. Aber auch sie brachten die Partei nicht aus der Krise.

»Blutsauger und Hyänen«

Arbeiter, aufgepasst! Schon in den nächsten Stunden kann es zu bewaffneten Kämpfen zwischen der Regierung der Hyänen (Bezeichnung für die »Christlich-Nationale Vereinigung«, eine der Regierungsparteien; R. L.) und Grundbesitzern, hinter denen die Faschisten und die größten Feinde des arbeitenden Volks stehen, und Soldaten kommen, die sich unter Führung von Piłsudski gegen die Ausbeutung erhoben haben. Ihr wisst, Arbeiter, dass unsere Ziele weitergehen als die der Piłsudski-Anhänger. Aber in diesem Kampf ist der Platz der revolutionären Arbeiter auf der Gegenseite der Hyänen-Regierung und der Faschisten. Seid bereit zum Kampf, Arbeiter! Unsere Parole ist: »Weg mit der Regierung der Hyänen und Grundbesitzer, es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!«

→

Aus einem Aufruf der KPP, zit. n. Andrzej Friszke: Czekanie na rewolucje. Komuniści w II Rzeczypospolitej 1921–1926. Warszawa 2023, S. 492.
(Übersetzung: Reinhard Lauterbach)

<https://www.jungewelt.de/artikel/522326.polen-in-der-bonapartismusfalle.html>